

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Finanzausschuss  
des Landtages Schleswig-Holstein

Finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/4910

**Stellungnahme des DGB zum Antrag der Fraktion der PIRATEN „Landesvermögen schützen - unwirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verhindern“ (Drucksache 18/3063)** 23. September 2015

Sehr geehrter Herr Rother,  
sehr geehrter Herr Schmidt,  
sehr geehrte Damen und Herren,

**Uwe Polkaehn**  
Vorsitzender  
DGB Bezirk Nord

uwe.polkaehn@dgb.de

Telefon: 0402858202  
Telefax: 0402858235

UP/KK

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

nord.dgb.de

die Ausschüsse für Finanzen und Wirtschaft des Landtages von Schleswig-Holstein haben den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der PIRATEN „Landesvermögen schützen - unwirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verhindern“ (Drucksache 18/3063) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

Wir wollen unseren Ausführungen einige grundsätzliche Überlegungen vorausschicken: In unserer Analyse, dass Deutschland seit Jahren unter einem massiven Investitionsstau leidet, stehen wir sicherlich nicht allein. Vor allem öffentliche, insbesondere kommunale Investitionen wurden in der Vergangenheit zurückgefahren. Der Grund: Steuersenkungen der vergangenen Jahre haben bei Bund, Ländern und Kommunen Steuermindereinnahmen von jährlich 45 Mrd. Euro verursacht. Zudem hat die fiskalische Konsolidierung im Rahmen der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“ zu einer Priorisierung des Schuldenabbaus vor Investitionen geführt. Das Ergebnis ist für viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur verheerend: Ein teilweise ausgelaugter Wirtschaftsstandort, welcher seine Wettbewerbsvorteile durch Gute Arbeit, einmaliges Know-how und einer guten und funktionsfähigen Infrastruktur aus vor allem populistischen Gründen aufs Spiel setzt. Die Entscheidung großer Teile der Politik, sich eher der Logik eines Konsumenten (wonach nur die derzeitigen Einnahmen auch die Ausgaben bestimmen) statt eines vorausschauenden und nachhaltig operierenden Investors anzuschließen ist fatal.

Daher fordern wir grundsätzlich, dass der Bund, das Land und die Kommune wieder in die Lage versetzt werden, als Investor tätig zu werden.

Politisch ist man sich auch weitgehend einig in dem Ziel, dass es dringend einer Investitions-offensive bedarf, über den Weg dahin indes nicht.

Der DGB und seine Gewerkschaften sehen in ÖPP keine effiziente und kostengünstigere Alternative im Vergleich zur konventionellen Beschaffung. Die Gründe hierfür sind vielfältig und lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Grundsätzlich müssen in ÖPP-Projekten nicht nur private Renditeerwartungen, sondern auch höhere Zinssätze für die Vorfinanzierung des Vorhabens mitfinanziert werden, welche durch den Steuerzahler und damit zum Großteil durch ArbeitnehmerInnen erbracht werden. Dies lehnen wir mindestens unter Gerechtigkeitsaspekten ab.
- ÖPP-Projekte kommen in der Regel nicht deshalb zustande, weil die öffentliche Hand sich gegen Investitionsrisiken absichern will, sondern weil sie in ÖPP vielmehr eine Notlösung für fehlende Haushaltsmittel der Kommune sieht. Zudem können Absicherungen gegenüber Baurisiken auch im Rahmen einer konventionellen Beschaffung durchgeführt werden. Bei ÖPP-Projekten ergeben sich im Zusammenhang mit der langen Laufzeit besonders große Vertragsrisiken.
- Die Ansicht, ÖPP-Projekte seien durch bessere Wirtschaftlichkeit, Termintreue oder eine bessere Risikoanalyse gekennzeichnet als die konventionelle Beschaffung, steht nicht im Einklang mit den vorliegenden wirtschaftstheoretischen und empirischen Erkenntnissen. Auch in Großbritannien, dem Land mit der umfangreichsten Erfahrung bei der Anwendung des ÖPP-Ansatzes, sind – so das Ergebnis einer Untersuchungskommission des britischen Unterhauses – durch ÖPP-Projekte eher Kostensteigerungen erzeugt worden. Vor der Durchführung von ÖPP-Projekten realisierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind bislang in der Regel nicht objektiv und verzerrt zugunsten von ÖPP durchgeführt worden.
- Die Berichte des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe bestätigen, dass ÖPP mit höheren Kosten verbunden sind, gleichzeitig aber häufig auch mit höheren Risiken.

Der DGB und seine Gewerkschaften weisen zudem darauf hin, dass dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur auch anders finanzierbar sind. Angesichts eines historisch einmaligen Niedrigzinsumfeldes für langfristige Bundesschulden sollte Kreditfinanzierung – gerade im Interesse der künftigen Generationen – als ein günstiger Weg deutlich mehr als Möglichkeit wieder ins Auge gefasst werden, die Infrastruktur zu modernisieren. Allein im Jahr 2014 hätte der Staat einen Verschuldungsspielraum von etwa 35 Milliarden Euro ausschöpfen können, ohne gegen die gesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse zu verstoßen. Für das Jahr 2015 werden es schätzungsweise 18,6, für das Jahr 2016 17,8 und für

das Jahr 2017 13,1 Mrd. Euro sein.<sup>1</sup> Außerdem ist es sinnvoll, den Vorschlag des Sachverständigenrates (SVR) umzusetzen und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur von der Schuldenbremse auszunehmen.

Klar ist für die Gewerkschaften auch, dass öffentliche Investitionen vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften wieder rückgängig gemacht und mit den erzielten Mehreinnahmen öffentliche Investitionen bereitgestellt werden.

Neben diesen Grundsätzen des DGB zu ÖPP-Projekten möchten wir zum Antrag, zur Begründung und zur entsprechenden Landtagsdebatte ergänzend anmerken:

- Für die Gewerkschaften ist entscheidend, dass die personellen und institutionellen Kapazitäten der staatlichen Ebene wieder gestärkt werden müssen, damit zügige Vorausplanungen, Bauherrenfunktion und Projektsteuerung wahrgenommen werden können, und dies unter Einbezug des örtlichen Handwerks, Bau- und Finanzgewerbes. Das wäre ein Paradigmenwechsel gegenüber der seit Jahren anhaltenden Auszehrung des Know-hows und Personals auf staatlicher Ebene. Die Entscheidungs- und Durchführungsbefugnisse müssen bei allen Überlegungen im unmittelbaren staatlichen Verwaltungs- und Politikkontext bleiben. Das gebietet u.E. schon das Gebot der kommunalen Selbstverwaltung als Grundprinzip der Demokratie, welches durch die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG Verfassungsrang besitzt. Ausreichende fachliche Kapazitäten und Know-how auf staatlicher Ebene sind selbst bei der Realisierung von ÖPP-Projekten für die notwendige intensive rechtliche sowie wirtschaftliche Begleitung des Vorhabens für die gesamte über oftmals mehrere Jahrzehnte erstreckende Dauer des ÖPP-Vertrages notwendig, zumal aus den unterschiedlichen Interessenlagen des Investors und des Nutzers erhebliches Konfliktpotential besteht. Aus unserer Sicht haben die für die Begleitung der ÖPP-Maßnahmen insgesamt aufzuwendenden staatlichen Kosten eine hohe Bedeutung in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit.
- Dem Antrag entnehmen wir ein deutliches Interesse des Antragsstellers an transparenten Verfahren. Dies begrüßen wir ausdrücklich und möchten dabei abermals darauf hinweisen, dass diese Transparenz ungemein wichtig für die Akzeptanz der Menschen vor Ort für jegliches Infrastrukturvorhaben ist.
- Die im Rahmen der Landtagsdebatte aufgestellte Behauptung, dass in Bezug auf Planungskapazität und -tempo die DEGES deutlich besser wäre als das Land erscheint im vorgebrachten Kontext als unveränderlich. Eine solche Sichtweise verkennt die eigene

---

<sup>1</sup> Vgl. BMF Monatsbericht März (2015).

Verantwortung der Landtagsabgeordneten über die Haushaltsaufstellung für ausreichende Kapazitäten beim Land zu sorgen und nicht, wie in den letzten Legislaturperioden geschehen, diese weiter abzubauen.

Gern stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive style with a large, prominent 'U' at the beginning.

Uwe Polkaehn